

# VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

⇒ Neues Sparpaket  
 ⇒ Gefängnisausbrüche  
 ⇒ Europa im Umbruch

# VORWÄRTS deckt auf: Das Netzwerk der Rechten!

Wie leistungsfähig das rechte Netzwerk in Österreich ist, zeigte sich gerade in den letzten Wochen und Monaten. Angefangen mit den Oberwarter Anschlüssen und deren Verharmlosung durch Staberl und Krone, über die immer reaktionärereren Vorstöße der Haider, Khols und Krenns, bis zum Faststurz eines Innenministers durch rechtsextreme Polizisten.

von Manfred Wiesner, JRE-Wien West

So klar wie in den letzten Wochen hat sich dieses rechte Netzwerk noch nie deklariert. Nach dem fehlgeschlagenen Anschlag auf einen Strommast

in Ebergassing ging die vereinfachte Rechte in die Generaloffensive gegen „die Linken“. Plötzlich waren "die Linken" für alle 60 Terroranschläge (inkl. Oberwart) der letzten Jahre verantwortlich. Daß diese Theorie schon Jahre zuvor im Schmierblatt der rechtsextremistischen AFP (Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik) publiziert wurde, zeigt nur, welche Blätter ein Haider oder ein Nimmerrichter liest. Aber schon zuvor arbeitete die „unabhängige“ Krone mit dem F-Führer aufs Engste zusammen, sei es beim „Ausländer raus“-Begehren oder bei der Hetze

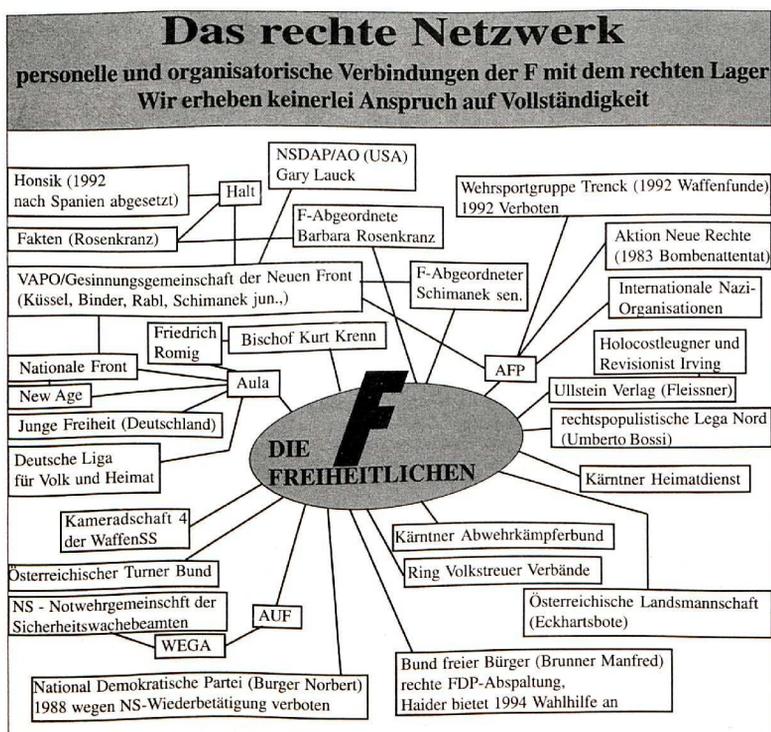
gegen Gewerkschaften und unliebsame Personen wie Scholten oder Dohnal. Antisemitische und rassistische Hetze trugen dem Massenblatt bereits unzählige Verurteilungen ein. Finanziert wird das rechte Blatt übrigens unter anderem mit Millionen staatlicher Presseförderung.

Und auch in der Polizei haben sich die rechtsextremen Teile schon gesammelt, um dem Konzept "3.Republik" zum Durchbruch zu verhelfen. Während Neonazis jahrelang nie observiert wurden und man sich auf dem rechten Auge blind stellte, wurden über Linke zigtausende Akten gesammelt. Zeigt der Fall Einem nicht, daß sie der F jetzt zugespielt werden? Denn selbst über den Innenminister soll es trotz Dementis einen fetten Ordner geben. Und so reihen sich in den Troß Richtung Polizeistaat eben auch die AUF-Mehrheit der WEGA, Teile der Staatspolizei und die Nazis der NS (Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten) ein.

Einig marschieren auch Nazis und Faschisten mit, die sich in ihren Computernetzwerken mit den braunen Terrorzellen in der „Ostmark“

solidarisieren und endlich ein Ende des „Gesinnungsterrors“ erhoffen - den Fall des Verbotsgesetz. Die ideologischen F-Verbindungen zu den diversen rechtsextremistischen Gruppen sind mittlerweile auch nichts Neues, wenn man die laute Kritik am Verbotsgesetz und an den Verurteilungen diverser Nazis von F-Funktionären bedenkt. Die finanziellen und personellen Verflechtungen liegen ebenfalls auf der Hand. Ob Haider nun NDP-Chef Burger traf, auf diversen Waffen-SS-Treffen flammenden Reden hielt oder sich das Theorieorgan der F-Intellektuellen „Aula“ über das Schmarotzervolk der Zigeuner ausläßt - die Freiheitlichen verstehen sich prächtig mit ihren Übertriebenen. Und auch in der katholischen Kirche hat Haider einen wichtigen Mann: Mediensprecher Bischof Kurt Krenn liebt es mit Haider über das Ausländerproblem zu philosophieren und einen Autor der Aula als Berater zu engagieren.

Das vielbeschriebene Netzwerk der Linken ist tatsächlich eine Notwendigkeit geworden. Zum Beispiel in Form einer starken linken, antifaschistischen Organisation wie JRE.



**VORWÄRTS fordert:  
 Kampf der  
 rechten Propaganda!  
 Nein zur  
 dritten Republik!  
 Links aktiv werden!**

Quellen: Handbuch d. österreichischen Rechtsextremismus, Dokumentationsarchiv d. österr. Widerstandes

Der Standpunkt: Schlägt ein Einem einen Haider?

In den oberen SPÖ - Etagen wird man nicht müde den Sieg in der Causa Einem über Haider und Co zu feiern. Doch was ist wirklich ein Sieg? Vor allem einer an dem die Parteilieferung selbst schuld ist? Das Haider mit dem offensichtlich an den Haaren herbeigezogenen - Terrorismusvorwurf' derart die politische Diskussion bestimmen konnte und kann, zeigt tatsächlich nur eines. Wie unfähig die SP- Spitze ist, ihm etwas entgegenzusetzen. Auch den angeblich "Linken", wie Bürgermeister Häupl, fiel zunächst nichts Besseres ein, als in der Tablatzpende „einen schweren Fehler“ zu sehen. In Wirklichkeit stand das Scheitern des Innenministers tagelang auf der Kippe. Erst als sich politischer Druck von unten zu entwickeln begann, wendete sich das Blatt. Die F-Anträge im Parlament wurden niedergestimmt. Der Mythos von Einem dem „Anti - Haider“ war geboren. Doch Haider wird nicht auf der parlamentarischen sondern auf der (gesellschafts-) politischen Ebene zu schlagen sein. Und das schaut's nach wie vor punkto Strategien Finster sein. Einem die Existenz von braunen Zellen in der Polizei. Da wird die Ausgrenzungspolitik gegen linke Medien weiter mitgetragen. Da gibt es zwar die Ankündigung bei den Ausländergesetzten Schikanen abzuschaffen aber „keinen Kurswechsel“ zu vollziehen. Alles übriges unter dem tosenden Applaus der nach Regierungsbeteiligung lechzenden Grünen. Am schlimmsten ist allerdings die Reaktion auf die Rücktrittsforderung der AUF - Kumpapan von der Polizei. „Das ist wahrscheinlich nicht erfassungsanform“. Das heißt konkret: Die AUF werden nicht erfassen gleichgültig verurteilt. „Als Personalverwaltung fühlen wir uns nur unserer Befehlspflicht verpflichtet.“ Natürlich ist es kein Zufall, daß Einem und nicht z.B. Löschmack von ganz und gar nicht politisch neutralem Sicherheitsapparat (bzw. Teilen davon) zum Rücktritt aufgefordert wurde. Hier gilt es klar zu machen warum das so? Weil die AUF-ler schlichtweg Rechtsextremisten sind. Weil sie offen sagen, daß sie nur einem gehen und nicht der gesamten Bevölkerung. Verbindungen zur militanten Naziszene hat. Und noch ein Punkt sollte klar sein. Wenn die Fier einmal an die Macht kommen wird eines ihrer Hauptanliegen die, politischen Rechte der Beschränkten und Personalvertretung einzuschränken. Eine Anti - F - Streikbewegung kann es also nicht sein einen ihrer zentralen Programmpunkte einzufordern. Da ist die politische Bekämpfung ihrer wichtigsten gesellschaftlichen Stützen - zum Beispiel durch Auflösung der blau - braun durchsetzen Alarmabteilung - schon eher ein Ansatzpunkt.

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen. Die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unüberwindlichen Problem und auch in den westlichen Industriestaaten wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheit von Unternehmern reicher und reicher. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. gerecht verteilt, müßte kein Mensch mehr hungern und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein neues Reformen können da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß im Gemeinwohl übergeführt und demokratisiert werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht nach Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verhindert, daß das System bürokratisch und diktatorisch wird, wie der Stalinismus Osteuropas, den wir immer bekämpft haben. VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen das Kapital, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Gesellschaft. VORWÄRTS ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS-Aktivisten sind dort vertreten, wo sich Jugendliche und arbeitende Menschen für ihre Interessen organisieren. Wir sind aktiv in der österreichischen Sektion von „Jugend mit Zukunft in Europa“, dem „antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiiert haben.

In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteilieferung und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-Aktivisten treten als Gewerkschafter und Betriebsräte in die Kampfbewegungen der Arbeiter und österreichischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessensvertretung ein. Mit unserer Zeitung VORWÄRTS wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse als Alternative zu den bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabhängig von Parteien, Unternehmern und Inseraten. Unsere Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützen, werde aktiv und mach mit bei VORWÄRTS.

Sparpaket und Ökoschmäh!

Nach seinem Amtsantritt machte der neue Finanzminister Staribacher klar, daß er den Sparkurs beibehalten werde. Während dieser Legislaturperiode will er jedes Jahr ein Sparpaket durchsetzen, das das jetzige übertrifft.

Bei seinen Überlegungen geht er von steigenden Steuereinnahmen und schwächer steigenden Ausgaben aus. Außerdem nimmt er ein Wirtschaftswachstum von mindestens 5% pro Jahr an - ein unrealistischer Wert. Das Defizit soll pro Jahr um rund 10 Milliarden sinken (etwa 10%). Eine Teile des ursprünglichen Sparpakets, die diesmal noch nicht durchgesetzt werden konnten, möchte Staribacher in den nächsten Jahren durchbringen. Konkret sind weitere Angriffe auf die Beamten, und hier vor allem auf deren Pensionen bzw. den Pensionsrückstellungen geplant. Zweites ist möglich, ob es zu dieser Umverteilung wirklich kommt. Oder ob der Finanzminister, wenn das Geld kassiert ist, die Erhöhung auf alle Arbeitnehmer ausdehnt. Es ist ein alter Politiker-Trick, Maßnahmen zuerst für kleine Gruppen durchzuführen, und dann auszuweiten, um so Widerstand zu verhindern. Und daß Staribacher kein Parade-Sozialist ist, zeigt z.B. die Tatsache, daß die einzige Maßnahme des letzten Sparpaketes, das für Unternehmer Nachteile gebracht hat, nämlich die Beschränkung der Absetzbarkeit von Geschäftssessen, ab 1996 wieder fallen lassen will.



Grünen spielen da fleißig mit. Bis jetzt ist nur eines klar - am härtesten werden die „normalen“ Menschen von der Gewerkschaftsführung ist kein Widerstand zu erwarten. In Diskussion wurde zwar immer wieder betont, diesmal sei man an die Grenzen des Erträglichen gegangen, das Schlimmste sei abgewehrt worden - aber es ist fraglich, ob sie nun aktiv wird. Der neue „Sozial“minister Hums sieht als eines seiner wichtigsten Ziele, das Pensionisten als gesetzliche von 60 Jahren heranzuführen. Die Frühpensionierung sollte reduziert werden.

Wir von VORWÄRTS glauben, daß wir uns gegen diese Belastungsspitze auf den Kopf stellen müssen. Mach mit! Ruf uns an oder schreib uns: 02227 597 0 432; PF 2, 1082 Wien

Ökoschmäh zum Stopfen Die Ökologisierung des Steuersystems ist geplant. Zumindestens ist das der Schritt mit dem uns Steuererhöhungen um etwa 5% bei Strom und Gas verkauft werden sollen. Die

Patt nach Uniwahlen!

„Die AG hat bekommen was sie verdient“, waren die Reaktionen nach den ersten Hochrechnungen nach den diesjährigen Studenteneuwahlen. Doch nach dem Endergebnis zeigte sich eine klare Pattstellung zwischen der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG), die 6000 Stimmen verlor und einer mächtigen Ampelkoalition von Grünen (GRAS), Sozialdemokraten (VSSÖ) und kleineren Fraktionen.

Während die Grünen, Liberalen und der Kommunistischen Studentenrat (KSV) große Gewinne verzeichnen konnten, verlor der VSSÖ zehn x-ten Mal hintereinander Stimmen und schaffte gerade noch rund 10 Prozent. Der VSSÖ geht einmal als linke Oppositionsgruppe inner- und außerhalb der Sozialdemokratie vor. In den letzten Jahren mit der AG und ist laut SPÖ - Cap ein integraler Bestandteil der Sozialdemokratie. Bei Fortsetzung dieses Kurses droht ihm das völlige Verschwinden. Erfolgreichstes Resultat: Die Haider - Truppe „FS“ konnte einmal mehr nicht Fuß fassen und grübelte bei 3,91 Prozent. Die niedrige Wahlbeteiligung (29%) zeigt das anhaltende politische Desinteresse vieler StudierendInnen für „ihre“ Vertretung. Und das, obwohl sich die soziale Situation für viele verschlechtert: so etwa die Streichung der Heimfahrbeihilfe (bis zu 8.000 ÖS Verlof jährlich), die Einführung des Selbstbehalts bei der Studienanfängerfrist, keine Inflationsanpassung der Stipendien und Verknüpfung der Antrittsgrenzen seit Jahren. Und die Regierung will im neuen Sparpaket von Studiengeldern bis Strafgehdern bei Überschreitung der Mindeststudiendauer weitere soziale Einschnitte durchsetzen. Das einzige was die AG gegen diese An-

Lenzing: Arbeiter werden angeschmiert

Die Umgebung rund um Lenzing war seit Jahrzehnten für ihre schlechte Luft bekannt. Grand dafür war die im Ort ansässige Lenzing AG. Nun wurde in Lenzing nach intensiver Forschung eine umweltschonende Faser, Iyocell, entwickelt. Aber die Herstellung dieser Faser soll laut Vorstand der Lenzing AG nicht in Lenzing, sondern in Heiligenkreuz im Burgenland erfolgen. Die ganze Region befürchtet jetzt vor dem "Nichts" zu stehen.

Die Frage, warum der Vorstand die Produktion der umweltfreundlichen Faser nach Heiligenkreuz verlegen will, ist einfach beantwortet. Das nördliche Burgenland ist eine wirtschaftliche Krisenregion und Betriebe der Regierung mit hundertern Steuermillionen unterstützt. Dazu kommen dann noch die billigen Arbeitskräfte aus dem nahen Ungarn. Beim Gerangel um den Ort der Ansiedlung konnte sich der Vorstand jedenfalls zurückziehen und zusehen, wer den höheren Preis im Austausch für Arbeitsplätze bezahlt.

Auf der Tribüne versammelte sich die Prominenz der ÖÖ-Landespolitik. Darunter waren der ÖÖ-Generalsekretär und sein langjähriger Stellvertreter, der SP-Landeshaupmannstellvertreter, der Betriebsratsobmann der Lenzing AG, der AK-Präsident von ÖÖ und auch ein Vertreter der ÖÖ-Heilighaus. Alle Redner gaben vor, auf der Seite der Demonstranten zu stehen und prangerten die Firmenpolitik des Vorstandes an. Der ein-



Demonstration in Lenzing

hellige Grundtenor war, daß es unmoralisch und ungerecht gegenüber der Bevölkerung sei, die Produktion ins Burgenland zu verlegen. Der Freiheitliche Achatz zeigte sich in seiner Rede von einem Transparent mit folgendem Inhalt! Igen! Igen! Ungarn ihr bleibts droben! angest. Rassistische Sprüche als Mittel gegen den Vorstand? Der Betriebsratsobmann zeigte sich gemeinsam mit dem oberösterreichischen AK-Präsident Freyschlag am radikalsten. Sie meinten, daß nachdem die Verhandlungen gescheitert waren und der Vorstand auch gar nicht mehr bereit zu neuen Verhandlungen zu sein schien, die letzte verbleibende Chance ein Streik sei. Es bleibe zu bezweifeln, daß diese letzte Drohung an den Vorstand dann auch wirklich durchgesetzt wird, denn im dem Vorstand schon Lohnverzicht der Arbeiter im Falle einer Produk-

aus der Gewerkschaft Konferenz der GdG Die Ergebnisse des 13. Gewerkschafts der Gemeindefestbesten (8.-12.5.95) in Wien in Kürze: Die FS-GdG-Führung feierte staatstragend die 2.Republik - besonders sich selbst und die „Sozialpartnerschaft“. Die ganze SPÖ- und ÖGB-Spitze wurde aufgeboten, um die Funktionäre zu beeindrucken. Sämtliche offizielle Redner, vor allem Häupl, sprachen sich gegen die weitere Privatisierung von Gemeindefestbesten aus. Was von solchen Aussagen zu halten ist, zeigt die Haltung der GdG-Führung zum Sparpaket 95. Vorsitzender Weninger ist der staatstragende Redner, der die GdG-Führung bei der Durchsetzung des Sparpakets 95 spielte. Die FS-GdG-Führung ist keinerlei Kritik an der Regierung. Sozialminister Hums konnte sogar neue Kündigungen im Sozialbereich ankündigen und trotzdem Applaus bei den FS-GdG-Funktionären. Lediglich der GLB (Gewerkschaft) und die Konsequente Interessensvertretung brachten kritische Anträge zu Sozialpartnerschaft, Sozial- und Wirtschaftspolitik und „Ausländergesetz“ ein - diese wurde alle von absoluten FS-GdG-Mehrheit abgelehnt. Obwohl sich die GdG kämpferisch gegen Privatisierungen aussprach, fand der Unmut der tausenden öffentlich Bediensteten über das „Sparpaket“ bei den FS-GdG-Funktionären keinen Widerhall. Zur „Entschuldigung muß man sagen, daß das die erste GdG-Konferenz dieser Art war.

Kurz & Bündig

ÖBB Katastrophe Als Katastrophe für Beschäftigte und Kunden - vor allem Pendler - können die neuesten Pläne des ÖBB - Managements gewertet werden. Jeder zehnte Zug wird eingestellt. Der Preis von zeitkarten soll drastisch steigen. Gleichzeitig sollen in den nächsten Jahren 13.000 Arbeitsplätze wegfallen.

300.000 auf Wohnungssuche Nichts hat so deutlich versagt wie das neue Mietrecht. 73% aller Wohnungssuchenden beziehen sich nur auf befristete Verträge. Für eine „gute“ Wohnung zahlt man einen Quadratmeterpreis von öS 139,-. In Wien steigen die Einnahmen der Spekulanten um 300 Millionen Schilling jährlich.

Dohr der unfähigste Gewerkschafter? Der Vorsitzende der „Gewerkschaft öffentlicher Dienst“ ist nicht nur ein rabenschwarzer CVLer sondern auch einer der anderen person zum Rücktritt anfordern. An den sollte der lieber selbst denken. Denn unter seinem Vorstz wurden den Beamten 22 Milliarden Schilling weggenommen.

SPÖ - Wahrung auf neuen Wegen? Nicht schlecht staunten Vorwärtunterstützer als sie die Titelseite unserer letzten Nummer in SPÖ - Schaukasten einer SPÖ -Sektion in Wien-Währing entdeckten. Ein Beispiel das Schule machen sollte!

Wartstreik im Burgenland Der Bildungsurlaub macht auch vorm Wandertag nicht halt. Ein Viertel weniger Schulvernehmungen sieht das Sparpaket vor. Im Burgenland gingen dagegen Schüler auf die Straße.

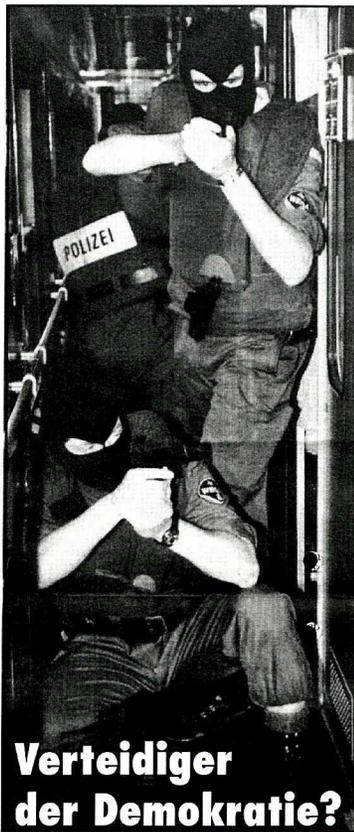
Unternehmensangriffe auf Urlaub und Urlaubsgehalt Gerichte sind unabhängig wird immer behauptet. Das gilt offensichtlich aber nicht für Unternehmen. Erst kürzlich wieder gab es ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, das den Bossen nutzt. Konkret geht es um die Kürzung von Urlaub und Weihnachtsgeld bei kranken Arbeitnehmern. Basis des Urteils ist die Überlegung, daß bei längerer Krankheit Lohn/Gehalt nicht vom Unternehmen, sondern von der Krankenkasse bezahlt wird. Für diese Zeit sollen nun auch Urlaubsanspruch und Urlaubsgehalt gekürzt werden. Betroffen sind davon rund 200.000 längerfristig kranke Arbeitnehmer.

How do You do, mit die Gummischuh?

„Für was braucht ein Maurer Englisch“ - solche Fragen hörte man schon vor der Einführung des Englischunterrichts an Berufsschulen. Die Wirtschaft will offensichtlich Arbeiter ohne gute Allgemeinbildung. Weir gibt es „Briefschreiber“ als bürokratischen Beruf. Der Traum der österreichischen Bosse? Trotz eines gegenteiligen Erlasses des Unterrichtsministeriums bleibt der Englischunterricht an der Berufsschule ein der Berufsleute ein Beschuß des parlamentarischen Unterarbeitschusses vorläufig erhalten. Das Problem bleibt aber bestehen - auch auf der Lehrplangseite, denn viele Lehrlinge legen sich über einen Englischunterricht, der oft aus dem letzten Lockpfeifer. So gibt's z.B. auf der Wiener Bauberschule Englishtreher, die die Sprache schlecht nur schlecht beherrschen. Die logische Folge: Lehrlingslust -ist Wasser auf Unternehmensmühlen. Die Lösung kann also nur eine Kampagne zur Verbesserung der Berufsschulausbildung sein.



ÖG-Aufkleber



## Verteidiger der Demokratie?

**Der Fall Haas, Jack Unterwiesing und jetzt der Mord eines geistig abnormen Rechtsbrecher an seiner Psychologin, die Flucht von Tibor Foco werden von F. Krone und Co zum Anlaß genommen, eine reaktionäre Justizpolitik durchzusetzen. Wir wollen das Thema Justiz grundsätzlich beleuchten und die Hintergründe von Häidlers Attacken auf den „humanen Strafvollzug“ klarlegen.**

von **Timea Zauner und David Mum, IRE-Wien West**

Kriminalität wird im wesentlichen von den gesellschaftlichen Strukturen hervorgerufen. Sie kann daher weder durch genetische Vererbung noch angeborene Verhaltensweisen erklärt werden. Sonst würden sich nicht zwischen verschiedenen Ländern und Zeitperioden so deutliche Unterschiede zeigen. Die Justiz kann die Kriminalität nur abmildern, aber nicht abschaffen. Viele Staaten, die Delikte sehr scharf bestrafen, haben trotzdem keine geringere sondern oft höhere Kriminalitätsraten, als Län-

der mit liberalerem Strafvollzug. In den US-Bundesstaaten, in denen die Todesstrafe wieder eingeführt wurde, zeichnet sich genau das Gegenteil ab, von dem von den Ideologen des „Hart durchgreifen“ verbreitet.  
Harte Bestrafung fördert die Kriminalität deshalb, weil sie die von ihr Betroffenen in einen Teufelskreis aus sozialer Isolation, keiner Chance auf Freiheitsrechte, einer sehr dominanten Rolle. Das Recht auf Arbeit oder das (An)recht auf eine Wohnung, menschliche Grundbedürfnisse, sind dem Eigentümerrecht untergeordnet. Nicht Hausbesitzer, die Wohnungen leerstehen lassen, sondern Hausbesitzer, die sie zweckmäßig als Wohngegenstand verwenden, werden verurteilt. Das Recht, die Justiz und der

### Soziale Gegensätze

Vielmehr sollte man der Frage nachgehen, wodurch die Kriminalität eigentlich entsteht.

In einer Klassengesellschaft, wie sie der Kapitalismus ist, die sich einerseits durch große soziale Gegensätze „auszeichnet“ (die umso größer sind, je freier der Markt ist) und die andererseits die Öler nach Geld und immer mehr Besitz hervorrufen, bedient man sich, um dieses Ziel zu erreichen auch illegale Mittel.

Bei den Leuten werden Bedürfnisse durch Werbung und Medien hervorgerufen, die sich viele nicht leisten können. Außerdem ist mehr Besitz mit höherem Ansehen und Status verbunden. Diese Zielsetzungen stehen mit den Chancen der meisten Menschen, diese zu erreichen im Widerspruch. Eine soziologische Theorie schlußfolgert deswegen richtigerweise, daß Kriminalität dann entsteht, wenn zur Erreichung vorgegebener Ziele nur illegale Mittel zur Verfügung stehen.

Der Kapitalismus produziert aber auch Kriminalität, weil sich manche oder viele nicht einmal die zum Überleben notwendigen Güter kaufen können. Das ist vor allem in den Ländern der „3. Welt“ und den Ex-Sowjetischen Staaten der Fall, aber auch in den Ghettos der reichen Staaten, ob in den USA oder Europa. Gleichzeitig bringt die vielfältige, alltägliche Gewalt des Kapitalismus - von Horrorvideos, über Leistungsdruck bis zu Polizeibestrafungen - ein unglaubliches Aggressionspotential hervor. Das kommt dann bei „unerklärlichen Wahnsinnsfällen“ zum Ausbruch.

### Justiz

Eine wichtige Errungenschaft der bürgerlichen Revolution war es, daß vor dem Gesetz offiziell bzw. formal alle Staatsbürger gleich sind. (Gleichheit vor dem Gesetz) Davor gab es in den ständischen Gesellschaften Rechtsunterschiede zwischen den Menschen, die an die Geburt geknüpft waren. Das Bürgerrecht beseitigte die Ständunterschiede und erklärte in der neuen Rechtsordnung alle Menschen für gleich.

Und trotzdem blieb diese Gleichheit eine formale, weil die Menschen sozial nach wie vor ungleich gestellt sind. Es gibt Besitzende und Besitzlose. Doch selbst die formale Gleichheit ist in der Praxis der Justiz nicht wirklich gegeben. Das ergibt sich aus ihrer Funktion, die sie in der Gesellschaft erfüllt.

Jede Gesellschaft hat ihre eigenen Rechenregeln. Das Recht, das groß geschrieben einmüß, was erlaubt und verboten ist, ergibt sich heute aus den Notwendigkeiten des Kapitalismus. Deswegen spielt im bürgerlichen Recht das Recht auf Eigentum als Freiheitsrecht eine sehr dominante Rolle. Das Recht auf Arbeit oder das (An)recht auf eine Wohnung, menschliche Grundbedürfnisse, sind dem Eigentümerrecht untergeordnet. Nicht Hausbesitzer, die Wohnungen leerstehen lassen, sondern Hausbesitzer, die sie zweckmäßig als Wohngegenstand verwenden, werden verurteilt. Das Recht, die Justiz und der

ganze Staat dienen der Aufrechterhaltung der Ordnung. Doch welcher Ordnung? Einer Ordnung, die das Eigentum einiger Weniger vor menschliche Bedürfnisse stellt, und auf dem Unterschied zwischen reich und arm beruht. Das Recht sichert also die Klassenherrschaft der Kapitalisten ab.

Mit dieser Feststellung lehnen wir nicht Recht prinzipiell ab, sondern ein bestimmtes Recht, das die kapitalistische Ordnung benötigt. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft mit einem anderen Recht an. In einer Gesellschaft, die auf Solidarität und sozialer Gleichheit beruht, gelten andere Werte als in der kapitalistischen.

Als Auslösefaktoren wirken hier Vorurteile und Verdachtsmomente der Polizei bei der Täterermittlung und Weiterleitung der Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Dazu wurde in einer Studie über die österreichischen Polizisten festgestellt, daß sich die Polizisten zwar subjektiv als Schützer der Armen und Bedrängten fühlen, aber dennoch die Unterschiede diskriminieren. (Fischer, Kowalski - Leitner, Steiert, „Statusprobleme“)

**Klassenjustiz**  
Außerdem sind die Delikte, die Ärmere begehen leichter erkennbar, als die der Mittel- und Oberschicht (Wirtschaftskriminalität). Diese haben mehr Deliktmöglichkeiten, die schwerer nachzuweisen sind (Finanzverbrechen). Kapitalvergehen

„großer Tiern“ werden von den bürgerlichen Medien als Kavaliere delikte betrachtet. Wie sonst ist es möglich, daß Leute wie Androsch noch immer fleißig münchsen. Ganz zu der Verwicklung der Großindustriellen mit den Nazis.  
Einen weiteren Filter zwischen Tat und Bestrafung innerhalb des Justizsystems stellt die Staatsanwaltschaft dar. Diese entscheidet über die Einstellung des Verfahrens oder dessen Weiterverfolgung und Anklage. Auch hier werden sozial Schwache benachteiligt. Denn die Einstellungsbeurteilung ist bei Wirtschaftsdelikten und Betrug hoch, bei Diebstahl hingegen gering. Beim Gerichtsverfahren wird diese Tendenz fortgesetzt, indem angeklagte Arbeiter seltener freigesprochen werden als Angestellte und Selbständige.

### Anwendung des Rechts

Selbst wenn vor Gesetz alle Menschen gleich sind, so ist auffallend, daß Eigentumsdelikte verhältnismäßig viel scharfer bestraft werden, als z.B. Gewalttaten. Makaberes Beispiel: Der Mörder des Antifaschisten Ernst Kirchwegner, der Rechtsradikale Kümel, wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt. In denselben Tagen wurde ein Hilfsarbeiter, der eine billige Uhr und 20 Schilling gestohlen hat zu sechs Jahren verurteilt!

Zu den unterschiedlichen Auffassungen des Staates, welche Delikte wie schwer geahndet, kommt noch die unterschiedliche Behandlung der

Menschen für ein und denselben Tatbestand durch die Justiz hinzu. Dieser sogenannte Filter bei der Anklage und Verurteilung (wen bzw. was wird überhaupt nachgegangen) wirkt je nachdem, aus welcher sozialen Schicht der Betroffene stammt, verschieden hart. So kommt zum Beispiel bei einer Studie über die Polizei nachgewiesen werden, daß sie gegen sozial Schwache und Randgruppen, wie Gastarbeiter, eher vorgehen und das Delikt schneller dem Staatsanwalt übergeben, um Anklage zu erheben.

Als Auslösefaktoren wirken hier Vorurteile und Verdachtsmomente der Polizei bei der Täterermittlung und Weiterleitung der Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Dazu wurde in einer Studie über die österreichischen Polizisten festgestellt, daß sich die Polizisten zwar subjektiv als Schützer der Armen und Bedrängten fühlen, aber dennoch die Unterschiede diskriminieren. (Fischer, Kowalski - Leitner, Steiert, „Statusprobleme“)

**Klassenjustiz**  
Außerdem sind die Delikte, die Ärmere begehen leichter erkennbar, als die der Mittel- und Oberschicht (Wirtschaftskriminalität). Diese haben mehr Deliktmöglichkeiten, die schwerer nachzuweisen sind (Finanzverbrechen). Kapitalvergehen

„großer Tiern“ werden von den bürgerlichen Medien als Kavaliere delikte betrachtet. Wie sonst ist es möglich, daß Leute wie Androsch noch immer fleißig münchsen. Ganz zu der Verwicklung der Großindustriellen mit den Nazis.  
Einen weiteren Filter zwischen Tat und Bestrafung innerhalb des Justizsystems stellt die Staatsanwaltschaft dar. Diese entscheidet über die Einstellung des Verfahrens oder dessen Weiterverfolgung und Anklage. Auch hier werden sozial Schwache benachteiligt. Denn die Einstellungsbeurteilung ist bei Wirtschaftsdelikten und Betrug hoch, bei Diebstahl hingegen gering. Beim Gerichtsverfahren wird diese Tendenz fortgesetzt, indem angeklagte Arbeiter seltener freigesprochen werden als Angestellte und Selbständige.

Eine weitere ungleiche Behandlung findet beim Ausmaß der Strafe statt. Arbeiter werden häufiger mit schweren Strafen und unbedingten Verurteilungen bedacht. (Leitner R., Untersuchung der österreichischen Gerichts-Ur und 20 Schilling gestohlen hat zu sechs Jahren verurteilt!

# Wien darf nicht Chikago werden!

gerade das nötigste ist, was die Haftdauer erhöht.

### Rassistische Justiz

Dieses Problem der Ungleichbehandlung tritt z.B. in den USA in viel dramatischerer Form zu Tage. Es werden nämlich Schwarze viel öfter und mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu Tode verurteilt, als Weiße. Zu einer rassistischen Gesellschaft, die die Schwarzen ghettoisiert, bei Beruf, Bildung, etc mit viel geringeren Chancen diskriminiert, gehört eine rassistische Polizei und Rechtsprechung. L.A. 1992, als die Polizei einen Schwarzen wegen Geschwindigkeitsübertretung zusammenenschlug, bis er bewußtlos dalag, war nur ein Fall, der an die Öffentlichkeit kam.

### Einfach einsperren?

Die Bestrafung von Delikten hat sich im Lauf der Zeit geändert und wird sich auch ändern. Vor der französischen Revolution herrschten physische Strafen vor, wie Pranger, Folter, Marter, die öffentlich in der Beteiligung der Bevölkerung vollzogen wurden. Ende des 18. Jahrhunderts wurden diese „peinlichen Strafen“ zurückgedrängt.  
Die Haft wurde zur wesentlichen Form der Züchtigung. Ursprünglich diente die Gefängnisstrafe nicht der Strafe, sondern der Sicherstellung der Person, bald wurde sie aber zur Strafe- und Disziplinierungsinstitution.  
Der Gefangene kann sich über diese Bewegung im Freien, über das Radioprogramm und selten über Fernsehen freuen.

### Folgen der Haft

Eigentlich sollten die Gefangenen nicht nur zur Sicherung der Bevölkerung eingesperrt, sondern „resozialisiert“ werden, um später wieder in der Gesellschaft integriert zu sein. Doch in der Praxis werden die Häftlinge nur „verwahrt“.  
Nach einer Haftstrafe von fünf Jahren setzt ein geistiger Abbauprozess ein. Laut Gerichtspsychiatr Perner wird die Hirnleistung durch überlange Haftstrafen herabgesetzt.  
Der Häftling ist mit zunehmender Haftdauer nicht mehr in der Lage, ein normales Leben zu führen, er wird zum Pflüger. In U-Haft verbietet man, meint ein Häftling, wegen der Monotonie. Sogar Fernsehen ist nur zweimal im Monat erlaubt.  
Woher soll aber „Besserung“ kommen, wenn die Häftlinge „nur“ eingesperrt werden?  
Viele sind schon glücklich, wenn sie eine Arbeit haben, weil sich die 24 Stunden eines Tages ungläublich in die Länge ziehen. Doch es gibt immer weniger Arbeit. Löhne lagen vor ein paar Jahren zwischen 3,90 und 5,80 öS in der Stunde, ohne Sozialversicherung.  
Die übersteigerte Abschließung von der Außenwelt führt dazu, daß sich der Gefangene nicht heterosexuell betätigen kann. Insgesamt führen all diese Zustände zu verstärkter Aggressivität.  
Der Gefangene kann sich über diese Bewegung im Freien, über das Radioprogramm und selten über Fernsehen freuen.



**F-Konzept: "Lebenslang muß lebenslang bleiben!"**

Gefängnisse fördern die Rückfälligkeit. Fast 3/4 der Untersuchungsdelinquenten stecken im Kreislauf Verhaftung - Verlust von Wohnung und Arbeit - Verurteilung - Haftentlassung - Verhaftung. Stein-Direktor Karl Schreiner meinte: „Freiheitsstrafen haben außer fünfdeutigen Folgen.“

### Lebenslang in Österreich

Lebenslange Freiheitsstrafe bedeutet Freiheitsentzug ohne fix vorgegebenen Entlassungszeitpunkt. Zwar besteht nach 15 Jahren Hoffnung auf bedingte Entlassung, tatsächlich besteht die Möglichkeit aber erst nach 2/3 der Haftzeit (mit 25 Jahren angenommen). Die ersten sieben Jahre sind durch Übersicherung und Isolation gekennzeichnet. Nach 15 Jahren kann man einen Antrag auf ein Entlassungsverfahren stellen. Durchschnittlich durchläuft ein lebenslanglich Verurteilter fünfmal das Entlassungsverfahren - d.h. viermal wird die Entlassung vom Gericht abgelehnt. Das steigert natürlich die Frustrationen bei den Verurteilten. Die Tendenz geht aber nicht zu liberalerer Handhabung, sondern in die andere Richtung. Wurden in den Jahren 1971 - 76 jedes Jahr 32% der zu lebenslang Verurteilten entlassen, so waren es zwischen 83 und 87 nur mehr 11% im Jahresdurchschnitt.

### Privatisierte Gefängnisse

Am krassensten zeigt sich die Rolle des Gefängnisses - Schuldige einfach möglichst kostengünstig wegzusperren - in den USA oder Britannien, wo Gefängnisse privatisiert oder von Privaten errichtet wurden. Anlaß dazu war, daß die staatlichen Gefängnisse massiv überfüllt wurden, was nicht zuletzt ein Resultat der assoziativen Politik von Thatcher und Reagan. Die Gefängnisstrafen explodierten. Also bekamen auch Private das Recht Gefängnisse zu betreiben. Das bringt sichere Ertragskraft durch garantiert handverlesene Belegung, wie „Financial World“ jubelnd schreibt. Damit wurden aber auch die Staatsfinanzen entlastet, denn die Privaten arbeiten tatsächlich billiger, was die Zubereitung der Mahlzeiten und die Berufsausbildung der Häftlinge betrifft. Das Wachpersonal darf sich übrigens in den Privatgefängnissen nicht gewerkschaftlich organisieren. Das sich die Kostenersparnisse wohl oder übel in einer noch schlechteren Behandlung der Gefangenen niederschlagen, ist den konservativen „Law and order“-Politikern wohl kein allzu großer Dorn

im Auge.  
sorten meinen die Bestrafung werde in Österreich zu milden und liberal gehandhabt. Wie bei der Fühlig gehen die Aussagen in einem gewissen Widerspruch mit der Realität.  
In Österreich wird 80% der Verurteilten kein einziger Tag geschenkt, nur 20% fünfdeutigen Folgen.“

Es gibt zwar die Möglichkeit nachdem von der Haft die U-Haftzeit abgezogen wurde, bei guter Führung ein „Bel“ oder zur Hälfte früher entlassen zu werden. Aber obige Zahlen beweisen, daß dies in der Regel nicht getan wird. Ein Drittel der lebenslang Verurteilten stirbt in Gefängnis. Wer davor entlassen wird, wartet darauf zwischen 17 und 37 Jahre. Das sind jährlich 4 - 5 Österreicher bilden mit der vorzeitigen Entlassung europaweit das Schlußlicht, liegt aber mit den Häftlingszahlen im Spitzenfeld.

### Liberaler Strafvollzug in Österreich

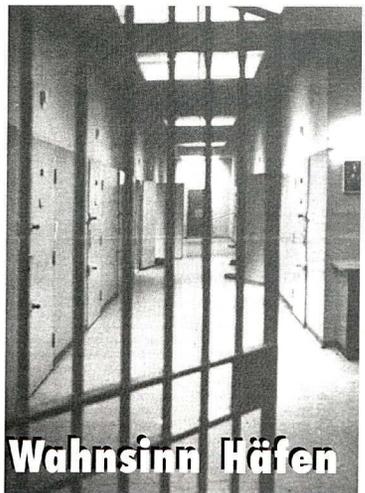
Die fortschrittlichen Reformen in der österreichischen Justiz gehen auf das Werk Brodas in der Kreisky-Regierung zurück. Genau diese werden jetzt von den Reaktionskräften, v.a. der F. bekämpft. Patrik-Pahle und Kon-

### 3.Republik und Strafvollzug

Die F hat immer realtäre „Patentrezepte“ bei Hand. Momentan heißt die Devise lebenslang muß lebenslang bleiben“. Noch, denn Höbner-Lehrer ist ja eigentlich für die Einführung der Todesstrafe. Die Angriffe der F auf den liberalen Strafvollzug haben neben ideologischen auch praktische Ursachen. Denn, um die Politik der F durchzusetzen, braucht man einen starken, autoritären Staat. Das zeigen internationale Beispiele allzu deutlich. Einerseits wird unter dem Vorwand des „Sozialmissbrauchs durch Schmarotzer“ das Sozialsystem abgebaut, andererseits rutschen aber durch eine radikalmarktwirtschaftliche Politik immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Da braucht man eine Justiz, die hart durchgreift. Unter der Thatcherregierung in Britannien hat sich die Inhaftenzahl in den Gefängnissen zwischen 1979 und 88 verdoppelt. In den USA zeitigte die Reaganpolitik die gleichen Ergebnisse: zwischen 1980 und 85 ist die Häftlingsanzahl um 40% gestiegen.

### Lösungsansätze

Die Ursachen für Verbrechen und Kriminalität sind also in der Gesellschaft zu suchen. Je sozialer diese funktioniert, desto größer sind sie. Letztlich kann nur eine auf Solidarität und nicht auf Profitgier beruhende Gesellschaft die Grundlage für ein Zurückweichen der Kriminalität bilden. Sie macht nämlich Armut und Egoismus ein Ende. Und damit auch dem starken Staat. Dazu passend eine Aussage von Ex-Steindirektor Schreiner, der meint, daß sich Hand in Hand mit großen geschichtlichen Epochen auch die Form des Strafvollzugs geändert hat. Und wie einst die Folter auf den Trümmerhaufen der Geschichte geworfen wurde (offiziell zumindest), so wurde über kurz oder lang auch die Freiheitsstrafe der Vergangenheit angehört.



**Wahnsinn Häfen**

WIR LASSEN DICH NICHT MIT DEINEM BOSS ALLEIN! Jetzt hast Du den direkten Draht zur VORWÄRTS-Redaktion. Einfach abheben und anrufen.

0222/59 70 432

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
13.000. Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!

Kampffonds

Total Ausverkauft!!! Am 1. Mai haben wir in Wien, NO und OÖ über 1.000 Zeitungen verkauft. Und bereits bei der Befreiungsfeier im KZ-Mauthausen am 7. Mai waren wir ausverkauft. Binnen kürzester Zeit waren auch 600 unserer schnell produzierten Sondernummern weg. Reißenden Absatz fanden diese bei der Konferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und im Straßenverkauf, wo in 1 1/2 Stunden jeweils rund 65.000 Kampffonds gemacht werden konnten. Im Mai konnten wir unser Ziel zu 194% überfüllen! Ein Spatzenkämpfer aus Wien-ID spendete 65.000,- und beim Kampffonds-Appl bei unserer Veranstaltung "50 Jahre 2. Republik" am 17.5. brachten unsere UnterstützerInnen insgesamt 65.256.633,40 auf. Bei uns ist das ja auch für Dich eine Anregung, uns zu unterstützen. VORWÄRTS ist unabhängig vom Staat und Unternehmern - aber wir sind abhängig von der Unterstützung unserer L.

Table with 5 columns: Kampffonds Aktuell, 38%, and percentages for various regions (NO, OÖ, NÖ, B, W).

Termine

- 2.6.: JRE-Wien West diskutiert über die "Medienhete gegen Linke".
8.6.: Die JRE-Wien Nord hat Vertreter der Jungen ÖVP angefragt, um mit ihnen zu diskutieren.
15.6.: Mit den Filmen über JRE-Ostreich und JRE-Deutschland stellt sich die JRE-Wien Ost vor. Ab da gibt's uns immer in der ARENA, Wien 3, Baumgasse 80 - Nähe US Erdburg.

Wo Ihr uns treffen könnt: Wien

- "Uns reicht's" - SozialistInnen in der SPÖ, wehren sich jeden Montag 19 Uhr, 3. Zentrum Erdburg, Lechnerstr.2-4.
JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr, 5. "Rapunzel", Reiprechtendorferstr.6.
JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr, 7. Siebenstern.31.
JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45-20, Allerleiplatz 17, Ecke Donauschingerstr./Vogauernstraße.
JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr 11, Hugogasse 8, ab 15.6.: Arenaz, 3. Baumgasse 80.

VORWÄRTS Shop



Was ist Sozialismus? 16 Seiten A6 Nach Zusendung von 2 Briefmarken (85 6.-) schicken wir sie Dir. Neben Nafis T-Shirt weiß L oder XL, 65 120.- Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto PSK 8812.733

Internationales

Europa: Wilde Zeiten

Instabilität ist zum dominierenden Element der europäischen politischen Landschaft geworden. Einige Überlegungen zur Lage und Perspektive der Arbeiterbewegung.

von David Mam, JRE-Wien West

Grüner Rechtsruck
Wie in Österreich so wollen sich auch die deutschen Grünen durch systemkritischer Positionen den Weg zur Macht ebnen. Nicht Protestpartei, sondern „ökologische und soziale Reformpartei der neuen Mittel-schichten“ ist ihr neues Selbstverständnis. Aber die angestrebte Regierungsbeteiligung hat ihren Preis. Die ablehnende Haltung zur NATO mußte sich auch nach ad acta gelegt werden.

„Trend“ vernüpft mit einem Rechtsruck der Parteiführungen. Die Leute wählen SPÖ als Mittelrechte-Regierungen wegzubekommen oder zu verhindern. Kaum ein Arbeiter oder Jugendlicher gibt der Sozialdemokratie aber auf Grund ihrer nichtssagenden Programme seine Stimme - wenn er überhaupt wählt. Die Sozialdemokratie ist sich international in einer Krise. Das bedeutet aber nicht, daß linke Ideen im allgemeinen und reformistische Konzepte im besonderen verschwunden sind. Das drückt sich nicht nur in den Stimmen für die Grünen aus, die von vielen subtypisch als linke Parteien angesehen werden, sondern auch im Aufschwung verschiedener linksreformistischer Gruppierungen. Die Vereinigte Linke in Spanien liegt bei ca. 15% der Stimmen, in Schweden hatten die Linkspartei und die Grünen 11,2%, in Deutschland PDS und Grüne 11,6%, auch in Westdeutschland kam die PDS auf 337.000 Stimmen.

Zunahme von sozialen Kämpfen

Europaweit gibt es eine Zunahme von Massenmärschen. Die Massenmobilisierungen und der Abgang Berlusconi zeigten, worauf es tatsächlich ankommt. Nämlich darauf, daß die Unternehmer ihre Attacken nicht einfach so durchziehen können. Im Oktober demonstrierten 2 Millionen gegen die Kürzungen der Pensionen und des Sozialsystems. So eine Protestbewegung hat Italien seit Anfang der 90er Jahre nicht mehr gesehen. In Dänemark fand der größte Streik seit zehn Jahren statt, in Deutschland wehrten sich die Busarbeiter gegen eine 30%ige Lohnkürzung. In Belgien kam es zu den größten Streiks

Sozialdemokratie

Sozialdemokratische Parteien in der Regierung tragen die Sparpolitik federführend mit. In Österreich oder in Schweden. Aus der Politik der Reformen wurde eine der Kontorferenzen. Aber auch die sich in Opposition befindende Labour-Party in Britannien hat sich jetzt von der Forderung nach Verstaatlichung verabschiedet und die Verflechtung mit den Gewerkschaften gelockert. Diese Entkopplung ist ein genereller europaweiter



Jugendprotest

seit den 30er Jahren. Auseinandersetzungen gab auch bei verschiedenen Flaggengesellschaften. Die Ursache für die Massenkämpfe sind in erster Linie die Attacken der europäischen Kapitalisten auf den Wohlfahrtsstaat. Denn im inner-imperialistischen Konkurrenz-kampf zwischen Europa, Japan und den USA hat Europa den Wertewerbsnachteil eines teuren Sozialsystems. Aber auch die EU-Konvergenzkriterien werden europaweit als Mittel zum Sozialabbau herangezogen. Wegen nicht in Österreich die Feindschaft gegen die EU steigt.

Der Präsident des Europäischen Parlaments weiß um diese Situation Bescheid, muß aber doch selbst 20 Millionen Arbeitslose und 50 Millionen Arme in der EU zugeben. Der 1973 gewählte Europäische Gewerkschaftsbund erwies sich bis jetzt als Papier tiger. Eine grenzüberschreitende KKW-Vertragspolitik ist zur Erhaltung und Verteidigung sozialer Errungenschaften zu einer Überlebensfrage geworden. Die Gewerkschaftsführungen schieben unter doppelem Druck Seitens der Sozialabbaupolitik und seitens zurückgehender Mitgliederzahlen. Kämpfe lassen daher oft neue Strukturen außerhalb der traditionellen entstehen. Die Kämpfe haben in einer Situation

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Rettet das Kulturzentrum 7-Stern!

Das Siebenstern ist ein Zentrum für linke Kultur im 7. Bezirk in Wien. Eiliche Theatergruppen, Kunstausstellungen, Bands etc sind in ihm beheimatet. Nicht zuletzt wegen der Freizeitanlagen der Hauptmieter KPÖ der Leitung des Siebensterns liegt. Vor allem aber auch ist dort auch ein zentraler Treffpunkt von "Jugend gegen Rassismus in Europa".
von einem Mitglied der JRE-Wien West
Die Regionalgruppe JRE-Wien West nutzt das Lokal für politische Diskussionen, kulturelle Veranstaltungen und Parties. Jetzt soll es dem blanken Profitinteresse von SpekulantInnen weichen. Nichts besonderes? Doch, denn die SpekulantInnen sind "Grüne". Im Jahre 1993 erwarb die "Con Wert VermögensverwaltungsAG" das Haus in der Siebensternstraße 31. Die KP hat dort seit 1945 ein großes Lokal gemietet, das erst Parteihaus war und, in den 90er Jahren als Kulturzentrum für linke Kultur dienen soll. Hierfür sollte das Lokal umgebaut werden, u.a. mit Lärmschutzmaßnahmen versehen werden. Schon das

darüber berichtet. Hauptaktionärin der Con Wert ist Günther Kerbler. Dieser ist - jetzt kommt der Clou - außerdem Mitbesitzer des „Falsters“. Die Wiener "Szene - Zeitung" gibt sich ein linksalternatives Image. Wunderbare Artikel über linke Stadtkultur sind ständig im Falter zu lesen. Über das Siebenstern war - im Gegensatz zu jeder noch so winzigen Initiative - bis jetzt noch kein Artikel. Ziel der Kündigung ist offensichtlich eine gewinnträchtigere Vermietung. Möglicherweise ein Nobel-Restaurant, sagt die Gerichtliche Kerbler bei einer Lokalbegehung: "Hier müßte man einen Tempel einrichten!"
Des weitern wollen Mitarbeiter des Siebensterns bei der Kellerbegehung gehört haben, daß in diesem eine Tiefgarage für Autos entstehen soll. Nebenbei bemerkt: Geschäftsführer der Con Wert ist Pius Strobel, seinerseits außerdem im Bundesvorstand im Sommer oder spätestens im Herbst abgeschlossen sein. Die Medien haben bislang kaum

I.) zu 1.) Die Aufkündigung vom 26.4.1993 ist rechtswirksam.

zu 1.) und 2.) Die beklagte Partei ist schuldig, der klagenden Partei das Geschäftslokal Nr.2 im Haus 1070 Wien, Siebensterngasse 31 von eigenen Fahrnissen binnen 14 Tagen geräumt zu übergeben.

Auszug aus dem Gerichts Urteil gegen das 7-Stern

7-Stern bezirk sich bereits mit dem Siebenstern solidarisiert, außerdem viele andere linke politische und kulturelle Gruppen. Im Rahmen der pro-Siebenstern-Kampagne von Siebenstern und JRE-Wien West gibt es am 31.5. eine Veranstaltung, für die Pius Strobel sein Kommen zugesagt hat. Wir werden sehen.
Aber wir müssen auch noch mehr tun! Am 30.6. wird es ein „open house“ im Siebenstern, wo sich jeder, Nachbar, Politiker, Journalist, aber auch Du das Siebenstern und seine Aktivisten anschauen kann. Außerdem kannst Du Soll Fax an den Grünen Bundesvorstand und die Con Wert schreiben!
Wir lassen uns das Siebenstern nicht wegnehmen! Gegen Profitgier für linke Kultur und Politik!

Der Traum von der Eurowährung

„Die gemeinsame europäische Währung muß besser sein, als die Hälfte der Menschen verlor nicht über die notwendigsten Medikamente.“

Clinton bewaffnet sich

US-Präsident Clinton will den Kampf gegen den Terror aufnehmen. Wie zu erwarten mit Maßnahmen, die demokratische Befürworter bedenklich sind: Erweiterte Befugnisse für FBI und Justizbehörden Verdächtige abhören zu lassen. Seine Antiterrorisierungs-Maßnahmen schlagen sich mit 5 Milliarden \$ zu Buche. Für den starken Staat ist also immer noch genug Geld da, das sonst angeblich an allen Ecken und Enden fehlt. Haider ist gerade in den USA. Man wird sehen, mit welchen der Clinton-Vorschläge er zurückkommt.

Kroatien = Gut, Serben = Böse?

Möchte man der Berichterstattung der bürgerlichen Medien der letzten Jahre, und den Aussagen A. Mocks Glauben schenken, so müßte man eigentlich zu dieser einfachen Schlussfolgerung gelangen. Doch gerade der Vorstoß der kroatischen Armee in Westslonien vom 1. Mai beweist einmal mehr, daß das Bild „der Kroaten“ als Opfer und das „der Serben“ als Aggressoren nicht der Wirklichkeit entspricht.

von Wolfgang Flurschütz, SJ-Landstraße

Am 28.4.95 wird die Leiche eines Kroatinen - Serben gefunden, serbische Einheiten beschließen darauf die Ende 94 wiedereröffnete Autobahn Zagreb - Belgrad. Drei Tage später startet die kroatische Armee ihren Vorstoß und dringt in die UNO-Schutzzone (Westslonien) ein. Obwohl diese, bezogene Polizeikontrolle gegen terroristische Aktivitäten - gegen die Beschüsse des Westsicherheitsrates verstößt, stellen sich die Blauhelme, die drei Stunden zuvor informiert wurden, den kroatischen Truppen nicht in den Weg. Bei der Erstürmung von Pankrac ist nach Angaben von UN - Beobachtern zu Mithandlungen an Gefangenen gekommen. Über 1700 Män-



Splitterbomben unter Beschuß haben, sah sich der vorderst noch wortkarge A. Mock zu einem politischen Statement gezwungen. Mock verurteilt die serbischen Aggressoren, die der Bombardierung vorhergehende kroatische Offensive jedoch blieh unverwundet. Ähnlich einseitige Betrachtungen, wenn auch offener in ihrer Kriegsziele waren nur noch kroatische Medien zu entnehmen. Mit Überschriften wie „Auf in den Endsiege“ überschauen sich die Zei-

ner wurden in das kroatische Hinterland verschleppt. Frauen und Kinder nach serbisch Bosnien deportiert um dort die Versorgung zu belasten. Auch wurden systematisch die Häuser von Serben geplündert. Als Detail sei noch die Erstürmung von Jasenovac zu erwähnen. Dieser strategisch bedeutsame Ort ist dennoch jedem/ jeder im ehemaligen Jugoslawien ein Begriff. Steht doch Jasenovac für die kroatische Endlösung an Juden, Roma und Serben. Während des Ustaša - Regimes wurden dort etwa 200.000 Menschen ermordet. 50 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers weilt über Jasenovac wieder Flaggen mit dem kroatischen Schachbrettsymbol der Kroaten, der gleichen Flagge wie sie schon vom Ustascharegime verwendet wurde. Als am 4. Mai 95 Serben der Krajina, die Hauptstadt Kroatiens mit

tungen, wo der nächste Angriff gegen die Serben gestartet werden soll. Im Beraterstab des kroatischen Präsidenten P. Tudman war Kinn, die Hochburg Martić's (Präsident der selbsternannten Republik „serbische Krajina“) als nächstes Ziel gebandelt. Hatte doch Tudman bei seinem letzten Besuch in der dalmatinischen Hafenstadt Split „versprochen“, das nächste Mal mit dem Zug zu kommen - ein wenig Zwischenaufenthalt in Kinn.

# Angriff auf Erwachsenenbildung **Bildungsklau** Will Regierung ein Deppenvolk?

„Wer bei der Bildung spart, spart bei der Zukunft“, lautet ein weiser Spruch. Die Bundesregierung hat sich Angriffe auf unsere Zukunft groß auf ihre Fahnen geheftet. Nach dem Regelschulwesen ist jetzt die Erwachsenenbildung dran.

**Volksbildungswesen**  
von John Evers wird ausgehöhlt

Lehrer und Schülerstreiks haben vor wenigen Wochen einige der schlimmsten Angriffe auf unsere Schulen zurückschlagen können. Dort wo es keine so stark organisierte Lobby gibt, werden rechte Bildungskonzepte voll durchgezogen. Um fast 1/5 soll das Budget der Erwachsenenbildung gekürzt werden.

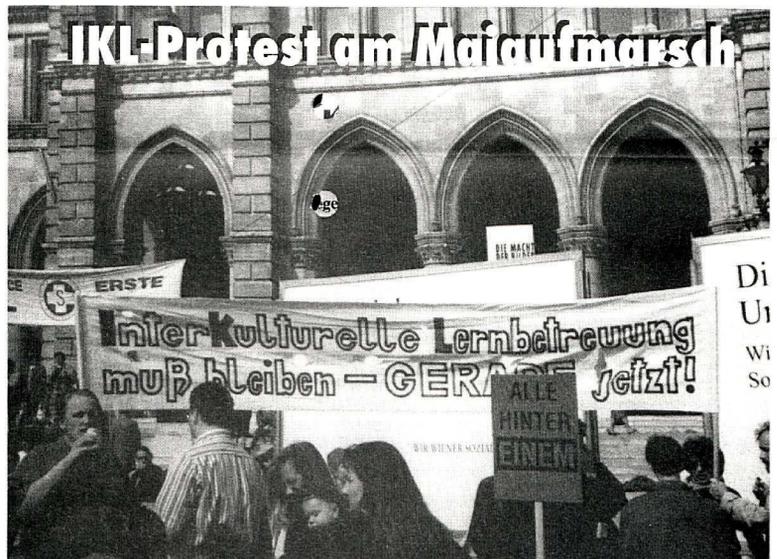
**Neunzehn Prozent weniger!**

Die Einsparungen sollen sich unterschiedlich verteilen. Betroffen sind in erster Linie - auch längjährige - „Projekte“. Sie sind am leichtesten angreifbar, weil sie formell nur befristet eingerichtet sind und ständig neu um Subventionen betteln müssen. Auf diese gibt es wiederum keinerlei rechtlichen Anspruch. Kleineren Organisationen droht jetzt das komplette „Aus“. Bei großen, offensichtlich erfolgreichen Projekten ist ein solches Zudrehen schon etwas schwieriger. Ein Beispiel dafür ist die Studienberechtigungsprüfung (SBP). Sie ist ein Lehrgang der Studierenden ohne Matura ermöglicht. Die SBP hat heute in einem Jahr so viele Absolventen wie die von ihr abgelöste Berufsreifeprüfung insgesamt. Und diese existierte immerhin 30 Jahre. Wie ist das möglich? Durch intensive Betreuung der Trägervereine und Mitarbeiter dieses Projekts. Und das zu einem leistbaren Preis der deutlich unter dem einer Externisten-Matura liegt. Damit soll es jetzt vorbei sein. Statt öS 5 - 6.000 kostet es jetzt das Doppelte und das, obwohl Menschen ohne Matura oder Studium bekanntlich nicht zu den Spitzenverdienern gehören.

Auf dem Erwachsenenbildungsmarkt tobt gleichzeitig ein hartenloser Wettkampf. Durch immer weniger Förderungsmittel geht der Trend des Angebotes Richtung hochpreisiger, elitärer Kurse: Management, Marketing, Wirtschafts-Englisch,... Sautere Bildung für eine kleine Schicht - für die profitorientierten Einrichtungen kein inhaltliches Problem. Doch wie sieht es bei den „Gemeinnützigen“ aus? Die in der „KEBÖ“ zusammengeschlossenen Vereine - Volkshochschulen, Berufsförderungsinstitut, ... sehen als ihren Hintergrund einen gesellschaftspolitischen Auftrag zur Volksbildung. Doch in Zeiten der Sparpakete in Bund, Land und Gemeinde droht dieser durch den Konkurrenzdruck ausgehöhlt zu werden. Als härtester „Druckmacher“ erweist sich oft das WIFI hinter dem die Milliardlobby der Unternehmer steht. Gleichzeitig erhöht sich für die meist schlecht bezahlten Mitarbeiter (z.B. verdient eine 26jährige Sekretariatsangestellte mit zwei Maturaabschlüssen einer Wiener Volkshochschule rund öS 10.000,- netto) der Arbeitsdruck. Obwohl gerade in diesem Bereich Abenddienste etc. die Regel sind und ein starker Trend zur „Selbstausbildung“ vorherrscht.

**Ausländer raus?**

Eine der positivsten Entwicklungen der letzten Jahre war, daß sich der Erwachsenenbildungssektor stark im Bereich der „Integration“ engagiert. Jetzt akut gefährdet oder bereits stark eingeschränkt: geförderte Deutschkurse am Berufsförderungsinstitut, Alphabetisierungskurse und „Hauptschulabschluss“ an Volkshochschulen, kleinere Vereine (türkischer Frauen...). Allen voran wird der Strick über dem „Interkulturellen Lernen“ geknüpft. Das IKL bietet eine interkulturelle Nachmittagsbetreuung für 4.000 Kinder in Wien. Durchgeführt wird diese von 358 Betreuern an über 100 Standorten. Trotz allen Versprechungen und Hinhalteversuchen seitens des Subventionsgebers (Gemeinde Wien) ist das „Aus“ per 30.6.1995 beschlossene Sache. Auf einer Diskussionsveranstaltung sagte die Vertreterin der angeblichen Nachfolgeeinrichtung, daß sie sich keinesfalls als „Vertreterin einer Nachfolgeeinrichtung sehe“. In welcher Weise in Zukunft „interkulturell“ betreut werde, konnte sie ebensowenig sagen, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen oder Standorten garantieren. Da werde



noch - wenige Wochen vor Ende des Projekts - der Bedarf erhoben. Und das dieser bei einer Erhöhung des Elternbeitrags von öS 50,- pro Semester auf 400-600 Schilling pro Monat geringer ist, versteht sich von selbst.

**GPA muß handeln!**

„Derzeit gibt es für einen Streik sicherlich keine Unterstützung seitens des ÖGB“, meinte GPA - Fachgruppensekretär Prenner - mit dem Wunsch ihn überall zu zitieren - auf einer IKL-Betriebsversammlung im Mai. Stattdessen referierte er konsequent an der Hauptforderung der Belegschaft „IKL muß bleiben“ vorbei und beantwortete Kritik daran, mit Drohungen den Saal zu verlassen. Diesen verließen dann zunehmend frustriert immer mehr betroffene Mitarbeiter. Umso verwunderlicher war es dann, wenige Tage spä-

ter im Standard zu lesen, daß „sich die GPA bei der Einstellung des Projekts auf die Ringstraße setzen würde“. Bravo, aber ein Streik oder eine Besetzung ist nicht alleine Sache der GPA-Sekretäre, sondern muß mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig - wie z.B. bei der IKL-Kundgebung im Februar - gemeinsam vorbereitet werden. Das IKL ist ein relativ großes und für diesen Bereich gewerkschaftlich gut organisiertes Projekt. Eine Arbeitsniederlegung hier hätte eine Signalwirkung für eine breite Widerstandsbewegung des gesamten Sektors. Überall gärt es. Die GPA muß die Initiative ergreifen und Kampfmaßnahmen organisieren. Denn die Kürzungen betreffen nicht nur die Beschäftigten der Erwachsenenbildung sondern hunderttausende Arbeitnehmer und Jugendliche.